

Bundeswehr soll raus aus Schulen

RHZ

29. Okt. 2010

Friedensinitiative kritisiert Kooperationsvereinbarung der Landesregierung

Offiziere der Bundeswehr sollen Jugendlichen in Schulen sicherheitspolitische Inhalte vermitteln. Dies sieht eine Vereinbarung der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit der Bundeswehr vor, die zuvor bereits andere Bundesländer getroffen haben.

Rhein-Hunsrück. Die Hunsrück-Friedensinitiative (FI) protestiert: Sie wehrt sich gegen die Absicht der Landesregierung, dass Bundeswehrsoldaten Schülern sicherheitspolitische Aspekte näher bringen sollen.

Militärische Deutungshoheit

Auf scharfe Kritik ist daher bei der FI die entsprechende Kooperationsvereinbarung der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit der Bundeswehr gestoßen. Beim Friedensstammtisch im Ge-

meindehaus in Bell kritisierten die Mitglieder der Initiative, dass nach dieser Vereinbarung Jugendoffiziere in Schulen Fragen von Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung aus Sicht des Militärs behandelt werden und somit der militärischen Deutungshoheit unterstellt sind.

Die FI fordert daher, die Schulen im Rhein-Hunsrück-Kreis auf, auf eine solche Kooperation mit der Bundeswehr zu verzichten. Stattdessen sollten Unterrichtsmodule und Angebote zum Thema Friedenserziehung und der gewaltfreien Konfliktlösung weiter entwickelt werden.

Die Mitglieder sprachen sich beim Stammtisch in Bell auch dafür aus, den Protest der rheinland-pfälzischen Friedensgruppen gegen diese Kooperationsvereinbarung zu

unterstützen.

Für das Frühjahr kündigte die Hunsrück-Friedensbewegung eine Gesprächsrunde mit Schülern, Schulvertretern und Parteien dazu an, um dies auch zu einem Thema im Landtagswahlkampf zu machen.

Auf heftige Kritik gestoßen

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hatte Ende Februar eine entsprechende Vereinbarung mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr abgeschlossen. Rheinland-Pfalz war das erste SPD-geführte Bundesland, das einen solchen Vertrag unterzeichnete. Mittlerweile gibt es ähnliche Vereinbarungen in sechs Bundesländern. Bei Gewerkschaften, Kirchen und Friedensgruppen stößt diese Kooperation auf heftige Kritik.